

160621-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Vergabe Tragwerksplanung und Planung der Technischen Ausrüstung - "Neubau Feuerwehrhaus Freiamt"

OJ S 47/2026 09/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Freiamt

E-Mail: gemeinde@freiamt.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe Tragwerksplanung und Planung der Technischen Ausrüstung - "Neubau Feuerwehrhaus Freiamt"

Beschreibung: Die Gemeinde Freiamt plant, ihre bisherigen Feuerwehrstandorte in den Ortsteilen Ottoschwanden und Brettental in einem zentralen Feuerwehrhaus im Ortsteil Mußbach zusammenzuführen. Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Fachplanungen für den Neubau eines Feuerwehrhauses. In einer bereits durchgeführten Ausschreibung wurde die Objektplanung Gebäude vergeben. In diesem Verfahren werden folgende Fachplanungen vergeben: Tragwerksplanung (§§ 49 ff. HOAI 2021) und Technische Ausrüstung (§§ 53 ff. HOAI 2021) für die Anlagengruppen (Anlage 15.2 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021) Anlagengruppe 1 - Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen, Anlagengruppe 2 - Wärmeversorgungsanlagen, Anlagengruppe 3 - Lufttechnische Anlagen, Anlagengruppe 4 - Starkstromanlagen, Anlagengruppe 5 - Fernmelde- und informationstechnische Anlagen und Anlagengruppe 8 - Gebäudeautomation. Die Auftragsvergabe erfolgt losweise: Tragwerksplanung (Los 1) und Technische Ausrüstung (Los 2).

Kennung des Verfahrens: c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7

Interne Kennung: EM05-310

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Die vorgesehene Frist für die Erstellung der Erstangebote liegt knapp unter den gem. § 17 Abs. 6 VgV vorgegebenen 30 Tagen.

Begründet wird dies anhand der elektronischen Abwicklung dieses Vergabeverfahrens (vgl. § 17 Abs. 9 VgV).

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 500 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Datenschutz: Die Bewerber / Bieter erklären sich mit der Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebots einverstanden, dass die von Ihnen übermittelten Informationen und Daten, insbesondere auch personenbezogene Daten, zum Zwecke der Durchführung dieses Vergabeverfahrens von der Vergabestelle elektronisch gespeichert und verarbeitet werden. Eine Datenschutzerklärung ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Bewerber- und Bietergemeinschaften: Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind im Rahmen des kartellrechtlich Erlaubten zugelassen und stehen in diesem Verfahren den Einzelbewerbern bzw. -bieter gleich. Bewerber bzw. Bietergemeinschaften haben sich durch eine von allen Mitgliedern der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft abzugebende Erklärung zu folgenden Punkten zu erklären: Benennung einer Vertretung der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (einschließlich Kontaktdaten), Aufgabenteilung innerhalb der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (GbR) für den Auftragsfall, Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im gesamten Vergabeverfahren (einschließlich Verhandlungs-verfahren), Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. späteren Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung. Das Bilden einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist führt zum Ausschluss der Bewerber bzw. Bieter. Eine Änderung der Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist und vor der Zuschlagserteilung führt zum Ausschluss der beteiligten Bewerber bzw. Bieter, wenn durch die Änderung der Wettbewerb beeinträchtigt wird. Die Teilnahme im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe im Rahmen einer Bietergemeinschaft und die gleichzeitige Teilnahme als Bewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe als Bieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft sind ausgeschlossen. In einem solchen Fall werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter ausgeschlossen. Ebenso ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an einem Einzelbewerber bzw. -bieter und die gleichzeitige Mitgliedschaft an einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und / oder die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines Einzelbewerbers bzw. -bieters an einem Mitglied einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ausgeschlossen, wenn durch die Beteiligung der Wettbewerb beeinträchtigt ist. Der Bewerber bzw. Bieter hat sich zu ihm bekannten Beteiligungsverhältnissen zu erklären. Für den Fall der Wettbewerbsbeeinträchtigung werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen. Gleiches gilt, wenn die Wettbewerbsbeeinträchtigung erst später festgestellt wird.

Eignungsleihe & Nachunternehmereinsatz: Im Fall der Eignungsleihe hat der Bewerber: Art und Umfang der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen zu benennen, nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen (bspw. durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des die Eignung vermittelnden Unternehmens), bei der Inanspruchnahme von Kapazitäten für die berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung, zwingend nachzuweisen, dass diejenigen die Leistungen erbringen, die die entsprechende Eignung vorweisen können (§ 47 Abs. 1 Satz 3 VgV), das jeweils dafür vorgesehene Unternehmen zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten), die Eignung des die Kapazitäten stellenden Unternehmens für den Umfang der Eignungsleihe nachzuweisen, den Nachweis zu erbringen,

dass auf das die Kapazitäten stellende Unternehmen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Ausschlussgründe), den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens), für den Fall der Eignungsleihe bei wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit eine Haftungserklärung und bei Bedarf weitere noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf das entleihende Unternehmen vorzulegen. Stützt der Bewerber sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Eignungsleihe), haftet der Bewerber gemeinsam mit dem Unternehmen, auf das er sich stützt, für die Auftragsausführung im Umfang der Eignungsleihe, § 47 Abs. 3 VgV. Die Haftungserklärung ist gemeinsam mit dem Angebot vorzulegen. Ein die Eignung vermittelndes Unternehmen kann nur dann für mehrere Bewerber tätig sein, wenn sichergestellt ist, dass durch die Mehrfachbeteiligung des Unternehmens keine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt. Das die Eignung vermittelnde Unternehmen hat dies gegenüber dem Auftraggeber zu versichern. Die Versicherung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Für den Fall der Wettbewerbsverzerrung werden die beteiligten Bewerber aus dem Verfahren ausgeschlossen. Ein Austausch des Unternehmens, auf das sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung stützt, ist nur aus wichtigem Grund (z.B. Insolvenz des die Eignung vermittelnden Unternehmens) und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Eignung des ersetzenden Unternehmens ist nachzuweisen. Die Eignung des Bewerbers wird erneut geprüft. Der Bewerber bzw. Bieter hat Unternehmen, auf deren Kapazitäten er sich beruft, innerhalb einer vom Auftraggeber genannten Frist auszutauschen, wenn das Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber bzw. Bieter sich beruft, die Eignungsanforderungen nicht erfüllt. Im Fall des Nachunternehmereinsatzes gelten analoge Regelungen. Die Unterlagen hierzu sind mit dem Angebot einzureichen.

Ausschlussgründe & Aufklärung von Eignungsangaben: Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat zur Prüfung ggf. vorliegender Ausschlussgründe folgende Erklärung abzugeben: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB, Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Verordnung (EU) 833/2014 in der jeweils aktualisierten Fassung gem. Musterformular, Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister.

Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Liegen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 134 GWB vor, sind die notwendigen Angaben für die Prüfung einer Vergabesperre gemäß § 126 GWB zu machen. Dazu gehören bei Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB die Benennung des Datums der Rechtskraft der Verurteilung und bei Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB die Benennung des den Ausschluss begründenden Ereignisses. Das gilt insbesondere für den Fall, dass ein früherer Auftrag durch den Auftraggeber gekündigt wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB). Soweit ein solcher Fall vorliegt, sind vollständige Angaben zu den Umständen der Kündigung zu machen. Diese Abfrage dient gleichzeitig als Anhörung vor einem potentiellen Ausschluss. Soweit der Bewerber infolge des Vorliegens von Ausschlussgründen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB vorgenommen hat, sind diese umfassend darzulegen, sodass der Auftraggeber die Rechtsfolgen bezüglich der dargelegten Selbstreinigung beurteilen kann. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Eignungsprüfung die Angaben des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft weiter aufzuklären und weitergehende Informationen einzuholen. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat jedoch keinen Anspruch hierauf, soweit seine Angaben für weitere Auskünfte oder Aufklärungen ungeeignet sind. Der Auftraggeber wird seiner Verpflichtung zur Abfrage beim Wettbewerbsregister nachkommen (vgl. § 6 Wettbewerbsregistergesetz). Hinweis zu möglicher Bezuschlagung Erstangebot: Gemäß § 17 Abs. 11 VgV behält sich der Auftraggeber die Vergabe des Auftrags auf der Grundlage der Erstangebote vor, ohne Verhandlungen durchzuführen. Aus diesem auftraggeberseitigen

Vorbehalt ergibt sich die Erforderlichkeit, dass bereits die Erstangebote vollständig und annehmbar einzureichen sind. Der Auftraggeber behält sich vor, soweit dies erforderlich ist, vor der Entscheidung über den Zuschlag auf das Erstangebot auch Aufklärungsgespräche zu führen. Diese dienen ausschließlich der Aufklärung über den Angebotsinhalt und stellen keine Verhandlungen dar. Jeder Versuch einer etwaigen Verhandlung wird unterbunden und kann ggfs. auch zum Ausschluss führen. Teilnahmeanträge und Angebote: Auf die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen ist zu achten. Hierbei sind auch technische Vorgaben und Restriktionen der Vergabepattform zu berücksichtigen. Die geforderte Mindestpunktzahl (2 Pkt.) je Qualitätskriterium definiert eine angemessenen Angebotsqualität.

Verfahrensaufhebung: Der Auftraggeber behält sich gemäß § 63 VgV die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor, wenn keine Teilnahmeanträge eingegangen sind, die den Ausschreibungsbedingungen entsprechen, wenn weniger als drei Bewerber bzw.

Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgefordert werden können, wenn keine Angebote eingegangen sind, die den Ausschreibungsbedingungen entsprechen, wenn trotz Aufforderung von mindestens drei Bewerbern weniger als drei Angebote eingegangen sind, wenn nur unannehmbare Angebote eingegangen sind, bei Aufgabe der Beschaffungsabsicht, bei wesentlichen Änderungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, bei Wegfall zugeteilter oder Nichtbewilligung beantragter Fördermittel vor Ende des Vergabeverfahrens und bei anderen schwerwiegenden Gründen, insbesondere Wegfall der Förderfähigkeit.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los 1: Tragwerksplanung

Beschreibung: Zu erbringen sind im Rahmen der Tragwerksplanung die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 gemäß Anlage 14.1 zu § 51 Absatz 5, § 52 Absatz 2 HOAI 2021. Zudem sind Besondere Leistungen in den Leistungsphasen 3, 4, 5, 7 und 8 zu erbringen. Da die Realisierung des Projekts mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang steht, ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Mit Zuschlagserteilung wird zunächst die Stufe 1 (Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 sowie Besondere Leistungen in den Leistungsphasen 3 und 4 und etwaige weitere Besondere Leistungen) beauftragt. Sofern die umsetzungsbedingten Faktoren, insbesondere die beantragten Fördermittel in ausreichendem Umfang bewilligt werden, ist anschließend die Beauftragung der Stufe 2 (Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 6 sowie Besondere Leistungen in der Leistungsphase 5 und etwaige weitere Besondere Leistungen sowie die Besonderen Leistungen der Leistungsphasen 7 und 8) beabsichtigt. Ein Anspruch auf Beauftragung der zweiten Stufe besteht jedoch nicht. Seitens des mit der Objektplanung Gebäude beauftragten Architekturbüros ist die Mitwirkung bei der vertieften Kostenschätzung und Kostenberechnung gefordert. Daher ergibt sich eine Verschiebung von jeweils einem Leistungspunkt aus den Leistungsphasen 3 und 4 zu den Leistungsphasen 2 und 3. Besondere Leistungen: Leistungsphase 3 „Entwurfsplanung (System- u. Integrationsplanung)“: Nachweise der Erdbebensicherung; Leistungsphase 4 „Genehmigungsplanung“: Nachweise zum konstruktiven Brandschutz, soweit erforderlich unter Berücksichtigung der Temperatur (Heißbemessung), Statische Nachweise an nicht zum Tragwerk gehörende Konstruktionen (zum Beispiel Fassaden); hier: Holzfassade; Leistungsphase 5 „Ausführungsplanung“: optional: Konstruktion und Nachweise der Anschlüsse im Stahl- und Holzbau; hier: Holzbau; Werkstattzeichnungen im Stahl- und Holzbau einschließlich Stücklisten, Elementpläne für Stahlbetonfertigteile einschließlich Stahl- und Stücklisten; Leistungsphase 7 „Mitwirkung bei der Vergabe“: Mitwirken bei der Prüfung und Wertung der Angebote, Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm des Objektplaners, Mitwirken bei der Prüfung und Wertung von Nebenangeboten, Mitwirken beim Kostenanschlag nach DIN 276 oder anderen Vorgaben des Auftraggebers aus Einheitspreisen oder Pauschalangeboten; Leistungsphase 8 „Objektüberwachung“: Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen, Ingenieurtechnische Kontrolle der Baubehelfe, zum Beispiel Arbeits- und Lehrgerüste, Kranbahnen, Baugrubensicherungen, Kontrolle der Betonherstellung und -verarbeitung auf der Baustelle in besonderen Fällen sowie Auswertung der Güteprüfungen, Betontechnologische Beratung.

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 150 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird eine Registereintragung (z.B. Handelsregister, Partnerschaftsregister) verlangt. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw.

Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen.

Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird eine Mitgliedschaft in einer Berufsständischen Organisation (z.B. Kammerzugehörigkeit) verlangt. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen. Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer für die Dauer des Vertrages und bis zur vollständigen Erfüllung bestehenden Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden i.H.v. mindestens 1 Mio. EUR und für Sach- und Vermögensschäden jeweils i.H.v. mindestens 1 Mio. EUR durch Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice oder Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird. Diese Bestätigung muss vom Versicherungsunternehmen selbst, nicht vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft, ausgestellt sein. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtnettoumsatz aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025), die Darstellung muss für jedes Jahr erfolgen. Bitte beachten Sie, dass für jedes einzelne Los der entsprechende Umsatz nachgewiesen werden muss. Der durchschnittliche Mindestumsatz muss pro Jahr betragen: Los 1 Tragwerksplanung: 150.000,00 EUR netto; Los 2 Technische Ausrüstung: 350.000,00 EUR netto.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung mit Angaben zur aktuellen Mitarbeitendenzahl in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Auszubildende / Studierende oder sonstige nicht fachbezogene Mitarbeitende (z.B. Reinigungskräfte, Schreibkräfte od. vgl.)). Diese muss mindestens drei betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber gesondert vorzulegen. Die Angaben zur Mitarbeitendenzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeitendenzahl eines einzelnen an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten Mindestmitarbeitendenzahl liegen. Die Mindestmitarbeitendenzahl, die der Bewerbergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens drei betragen. Die Verfügbarkeit ist zu versichern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation einer (beratenden) Ingenieurin / eines (beratenden) Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 2 VgV. Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in der Bundesrepublik Deutschland als „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 2, 3 VgV. Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage des jeweiligen Originals zu fordern. Eigenerklärung zu Angaben zur verantwortlichen Projektbearbeitung und stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeitung mit den Angaben zur Person, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung als Ingenieurin / Ingenieur (oder vergleichbar). Für die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung sind Nachweise zur Eintragung in die

Ingenieurkammer oder vergleichbare Nachweise zur Berufsqualifikation (z.B. Diplom-Urkunde, Master-Urkunde, etc.) vorzulegen. Die geforderte Berufserfahrung für die verantwortliche Projektbearbeitung beträgt 5 Jahre, für die Stellvertretung 3 Jahre.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zur Verwendung branchenüblicher Hard- und Software (z.B. CAD- und AVA-Software, dxf, dwg, GAEB etc.).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Los 1: Tragwerksplanung Es sind drei Referenzprojekte einzureichen, die das Leistungsbild Tragwerksplanung nach § 51 HOAI umfassen. Es finden eingereichte Referenzprojekte im Rahmen der Bewertung Berücksichtigung, sofern die Erbringung wesentlicher Leistungsbestandteile im Zeitraum zwischen dem 01.03.2016 und dem Beginn dieses Verfahrens (01.03.2026) erfolgt ist. Der Leistungszeitraum ist mit der Genauigkeit „Monat/Jahr“ anzugeben. Sind im Leistungsumfang eines Referenzprojektes die Leistungsbilder zu beiden der zu vergebenden Lose erbracht, kann das Referenzprojekt für mehrere Lose eingereicht werden. Die eingereichten Referenzprojekte für die Tragwerksplanung (Los 1) werden jeweils nach den folgenden Kriterien bewertet:
Planungsanforderungen (10 Pkt. bei HZ III oder höher, 5 Pkt. bei HZ II, 0 Pkt. bei HZ I);
Erbrachter Leistungsumfang (10 Pkt. bei mind. 90 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 7,5 Pkt. bei mind. 70 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 5 Pkt. bei mind. 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 0 Pkt. bei unter 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6);
Topographie (10 Pkt. bei Tragwerksplanung in hängigem Gelände, sonst 0 Pkt.); Auftraggeber (5 Pkt. bei öffentlichem Auftraggeber, sonst 0 Pkt.). Pro Referenzprojekt können max. 35 Punkte erreicht werden. Insgesamt können für die drei Referenzprojekte (Los 1) also max. 105 Punkte erreicht werden. Die eingereichten Unterlagen zu den Referenzprojekten müssen Auskünfte und Angaben zur Bewertung der oben aufgeführten Kriterien enthalten. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Referenzauskünfte einzuholen. Für Leistungen, die nicht nach HOAI erbracht wurden (z.B. bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder ausländischen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften) ist dazulegen, dass und inwiefern die erbrachten Leistungen mit dem Leistungsbild gemäß HOAI vergleichbar sind. Los 2: Technische Ausrüstung Es sind vier Referenzprojekte einzureichen, die das Leistungsbild Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI umfassen: zwei Referenzprojekte zu HLS: Anlagengruppen 1, 2 und 3; zwei Referenzprojekte zu ELT: Anlagengruppen 4, 5 und 8. Jeweils mindestens ein Referenzprojekt zu HLS und ELT muss eine Verbindung zur Planung spezifischer technischer Anlagen für den Feuerwehrbetrieb (z.B. Abgasabsauganlage (in der Fahrzeughalle) bei HLS oder Funktechnik bei ELT) enthalten. Weist auch die jeweils zweite eingereichte Referenz diesen spezifischen Feuerwehrbezug auf, werden hierfür 10 zusätzliche Punkte im Rahmen der Bewertung vergeben (s.u.). Es finden eingereichte Referenzprojekte im Rahmen der Bewertung Berücksichtigung, sofern die Erbringung wesentlicher Leistungsbestandteile im Zeitraum zwischen dem 01.03.2011 und dem Beginn dieses Verfahrens (01.03.2026) erfolgt ist. Der Leistungszeitraum ist mit der Genauigkeit „Monat/Jahr“ anzugeben. Sind im Leistungsumfang eines Referenzprojektes die Leistungsbilder zu beiden der zu vergebenden Lose erbracht, kann das Referenzprojekt für mehrere Lose eingereicht werden. Die Zuordnung muss deutlich aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen. Die eingereichten Referenzprojekte werden jeweils nach den folgenden Kriterien bewertet:

Planungsanforderungen (10 Pkt. bei HZ II oder höher, 5 Pkt. bei HZ I); Erbrachter Leistungsumfang (10 Pkt. bei mind. 90 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 7,5 Pkt. bei mind. 70 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 5 Pkt. bei mind. 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 0 Pkt. bei unter 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8); Abweichung zwischen Kostenberechnung und -feststellung (zwischen 10 Pkt. und 0 Pkt. (2,5 Pkt.-Schritte) in der Spanne zwischen unter 5 % und über 20 % Abweichung); Art der Fachplanung (10 Pkt. bei Planung spezieller Feuerwehrtechnik, anrechenbar nur bei jeweils zweiten Referenzprojekt zu HLS und ELT); Auftraggeber (5 Pkt. bei öffentlichem Auftraggeber, sonst 0 Pkt.). Pro Referenzprojekt können max. 35 bzw. 45 Punkte erreicht werden. Insgesamt können für die vier Referenzprojekte (Los 2) also max. 160 Punkte erreicht werden. Die eingereichten Unterlagen zu den Referenzprojekten müssen Auskünfte und Angaben zur Bewertung der oben aufgeführten Kriterien enthalten. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Referenzauskünfte einzuholen. Für Leistungen, die nicht nach HOAI erbracht wurden (z.B. bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder ausländischen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften) ist darzulegen, dass und inwiefern die erbrachten Leistungen mit dem Leistungsbild gemäß HOAI vergleichbar sind. Der Auftraggeber begrenzt gem. § 51 VgV die Anzahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die je Los zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, auf drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Mindestzahl beträgt drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Der Auftraggeber behält sich vor, das Verfahren auch dann durchzuführen, wenn die Zahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften bei einem oder mehreren Losen unter der Mindestzahl liegt. Die Auswahl der max. drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, erfolgt nach dem Ergebnis der Bewertung der eingereichten Referenzprojekte im Rahmen des Teilnahmeantrags. Bei Gleichwertigkeit wird per Los entschieden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 200

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Vorstellung und Darstellung Projektteam

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Darstellung vorgesehener Projektablauf

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Beschreibung: Bewertet werden die verbindlich anzubietenden Honorarparameter (125) und Stundensätze (25)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 150

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/04/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation einer (beratenden) Ingenieurin / eines (beratenden) Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 2 VgV. Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in der BRD als „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellv. verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag

diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 2, 3 VgV. Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses entsprechend.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. Es wird auf § 160 GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer Rüge verwiesen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Satz 1 Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Satz 2 Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: KommunalKonzept BW GmbH
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Freiamt

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Los 2: Planung Technische Ausrüstung

Beschreibung: Zu erbringen sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 gemäß Anlage 15.1 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021 für folgende Anlagengruppen:

Anlagengruppe 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen; Anlagengruppe 2: Wärmeversorgungsanlagen; Anlagengruppe 3: Lufttechnische Anlagen und Kälteanlagen; Anlagengruppe 4: Starkstromanlagen; Anlagengruppe 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen und Anlagengruppe 8: Gebäudeautomation. Zudem sind Besondere Leistungen in der Leistungsphase 5 zu erbringen. Da die Realisierung des Projekts mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang steht, ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Mit Zuschlagserteilung wird zunächst die Stufe 1 (Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4, etwaige Besondere Leistungen) beauftragt. Sofern die umsetzungsbedingten Faktoren, insbesondere die beantragten Fördermittel in ausreichendem Umfang bewilligt werden, ist anschließend die Beauftragung der Stufe 2 (Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 sowie Besondere Leistungen in der Leistungsphase 5 und etwaige weitere Besondere Leistungen) beabsichtigt. Ein Anspruch auf Beauftragung der zweiten Stufe besteht jedoch nicht. Seitens des mit der Objektplanung Gebäude beauftragten Architekturbüros ist die Mitwirkung bei der vertieften Kostenschätzung und Kostenberechnung gefordert. Daher ergibt sich eine Verschiebung von jeweils einem Leistungspunkt aus den Leistungsphasen 3 und 6 zu den Leistungsphasen 2 und 3. Besondere Leistungen: Leistungsphase 5 „Ausführungsplanung“: Leerrohrplanung mit besonderem Aufwand (zum Beispiel bei Sichtbeton oder Fertigteilen); hier: in Beton- und Holzbau. Diese Besondere Leistung in Leistungsphase 5 betrifft die ausgeschriebenen Anlagengruppen 4, 5 und 8. Interne Kennung: 0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 350 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird eine Registereintragung (z.B. Handelsregister, Partnerschaftsregister) verlangt. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben

vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen. Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird eine Mitgliedschaft in einer Berufsständischen Organisation (z.B. Kammerzugehörigkeit) verlangt. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen. Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer für die Dauer des Vertrages und bis zur vollständigen Erfüllung bestehenden Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden i.H.v. mindestens 1 Mio. EUR und für Sach- und Vermögensschäden jeweils i.H.v. mindestens 1 Mio. EUR durch Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice oder Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird. Diese Bestätigung muss vom Versicherungsunternehmen selbst, nicht vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft, ausgestellt sein. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtnettoumsatz aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025), die Darstellung muss für jedes Jahr erfolgen. Bitte beachten Sie, dass für jedes einzelne Los der entsprechende Umsatz nachgewiesen werden muss. Der durchschnittliche Mindestumsatz muss pro Jahr betragen: Los 1 Tragwerksplanung: 150.000,00 EUR netto; Los 2 Technische Ausrüstung: 350.000,00 EUR netto. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung mit Angaben zur aktuellen Mitarbeitendenzahl in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Auszubildende / Studierende oder sonstige nicht fachbezogene Mitarbeitende (z.B. Reinigungskräfte, Schreibkräfte od. vgl.)). Diese muss mindestens drei betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber gesondert vorzulegen. Die Angaben zur Mitarbeitendenzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeitendenzahl eines einzelnen an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten Mindestmitarbeitendenzahl liegen. Die Mindestmitarbeitendenzahl, die der

Bewerbergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens drei betragen. Die Verfügbarkeit ist zu versichern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation einer (beratenden) Ingenieurin / eines (beratenden) Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 2 VgV. Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in der Bundesrepublik Deutschland als „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 2, 3 VgV. Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage des jeweiligen Originals zu fordern. Eigenerklärung zu Angaben zur verantwortlichen Projektbearbeitung und stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeitung mit den Angaben zur Person, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung als Ingenieurin / Ingenieur (oder vergleichbar). Für die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung sind Nachweise zur Eintragung in die Ingenieurkammer oder vergleichbare Nachweise zur Berufsqualifikation (z.B. Diplom-Urkunde, Master-Urkunde, etc.) vorzulegen. Die geforderte Berufserfahrung für die verantwortliche Projektbearbeitung beträgt 5 Jahre, für die Stellvertretung 3 Jahre.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zur Verwendung branchenüblicher Hard- und Software (z.B. CAD- und AVA-Software, dxf, dwg, GAEB etc.).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Los 1: Tragwerksplanung Es sind drei Referenzprojekte einzureichen, die das Leistungsbild Tragwerksplanung nach § 51 HOAI umfassen. Es finden eingereichte Referenzprojekte im Rahmen der Bewertung Berücksichtigung, sofern die Erbringung wesentlicher Leistungsbestandteile im Zeitraum zwischen dem 01.03.2016 und dem Beginn dieses Verfahrens (01.03.2026) erfolgt ist. Der Leistungszeitraum ist mit der Genauigkeit „Monat/Jahr“ anzugeben. Sind im Leistungsumfang eines Referenzprojektes die Leistungsbilder zu beiden der zu vergebenden Lose erbracht, kann das Referenzprojekt für mehrere Lose eingereicht werden. Die eingereichten Referenzprojekte für die Tragwerksplanung (Los 1) werden jeweils nach den folgenden Kriterien bewertet: Planungsanforderungen (10 Pkt. bei HZ III oder höher, 5 Pkt. bei HZ II, 0 Pkt. bei HZ I); Erbrachter Leistungsumfang (10 Pkt. bei mind. 90 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 7,5 Pkt. bei mind. 70 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 5 Pkt. bei mind. 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6, 0 Pkt. bei unter 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 6);

Topographie (10 Pkt. bei Tragwerksplanung in hängigem Gelände, sonst 0 Pkt.); Auftraggeber (5 Pkt. bei öffentlichem Auftraggeber, sonst 0 Pkt.). Pro Referenzprojekt können max. 35 Punkte erreicht werden. Insgesamt können für die drei Referenzprojekte (Los 1) also max. 105 Punkte erreicht werden. Die eingereichten Unterlagen zu den Referenzprojekten müssen Auskünfte und Angaben zur Bewertung der oben aufgeführten Kriterien enthalten. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Referenzauskünfte einzuholen. Für Leistungen, die nicht nach HOAI erbracht wurden (z.B. bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder ausländischen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften) ist dazulegen, dass und inwiefern die erbrachten Leistungen mit dem Leistungsbild gemäß HOAI vergleichbar sind. Los 2: Technische Ausrüstung Es sind vier Referenzprojekte einzureichen, die das Leistungsbild Technische Ausrüstung nach § 55 HOAI umfassen: zwei Referenzprojekte zu HLS: Anlagengruppen 1, 2 und 3; zwei Referenzprojekte zu ELT: Anlagengruppen 4, 5 und 8. Jeweils mindestens ein Referenzprojekt zu HLS und ELT muss eine Verbindung zur Planung spezifischer technischer Anlagen für den Feuerwehrbetrieb (z.B. Abgasabsauganlage (in der Fahrzeughalle) bei HLS oder Funktechnik bei ELT) enthalten. Weist auch die jeweils zweite eingereichte Referenz diesen spezifischen Feuerwehrbezug auf, werden hierfür 10 zusätzliche Punkte im Rahmen der Bewertung vergeben (s.u.). Es finden eingereichte Referenzprojekte im Rahmen der Bewertung Berücksichtigung, sofern die Erbringung wesentlicher Leistungsbestandteile im Zeitraum zwischen dem 01.03.2011 und dem Beginn dieses Verfahrens (01.03.2026) erfolgt ist. Der Leistungszeitraum ist mit der Genauigkeit „Monat/Jahr“ anzugeben. Sind im Leistungsumfang eines Referenzprojektes die Leistungsbilder zu beiden der zu vergebenden Lose erbracht, kann das Referenzprojekt für mehrere Lose eingereicht werden. Die Zuordnung muss deutlich aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen. Die eingereichten Referenzprojekte werden jeweils nach den folgenden Kriterien bewertet:

Planungsanforderungen (10 Pkt. bei HZ II oder höher, 5 Pkt. bei HZ I); Erbrachter Leistungsumfang (10 Pkt. bei mind. 90 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 7,5 Pkt. bei mind. 70 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 5 Pkt. bei mind. 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8, 0 Pkt. bei unter 50 % der Grundleistungen LPH 2 bis 8); Abweichung zwischen Kostenberechnung und -feststellung (zwischen 10 Pkt. und 0 Pkt. (2,5 Pkt.-Schritte) in der Spanne zwischen unter 5 % und über 20 % Abweichung); Art der Fachplanung (10 Pkt. bei Planung spezieller Feuerwehrtechnik, anrechenbar nur bei jeweils zweiten Referenzprojekt zu HLS und ELT); Auftraggeber (5 Pkt. bei öffentlichem Auftraggeber, sonst 0 Pkt.). Pro Referenzprojekt können max. 35 bzw. 45 Punkte erreicht werden. Insgesamt können für die vier Referenzprojekte (Los 2) also max. 160 Punkte erreicht werden. Die eingereichten Unterlagen zu den Referenzprojekten müssen Auskünfte und Angaben zur Bewertung der oben aufgeführten Kriterien enthalten. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Referenzauskünfte einzuholen. Für Leistungen, die nicht nach HOAI erbracht wurden (z.B. bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder ausländischen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften) ist darzulegen, dass und inwiefern die erbrachten Leistungen mit dem Leistungsbild gemäß HOAI vergleichbar sind. Der Auftraggeber begrenzt gem. § 51 VgV die Anzahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die je Los zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, auf drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Mindestzahl beträgt drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Der Auftraggeber behält sich vor, das Verfahren auch dann durchzuführen, wenn die Zahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften bei einem oder mehreren Losen unter der Mindestzahl liegt. Die Auswahl der max. drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, erfolgt nach dem Ergebnis der Bewertung der eingereichten Referenzprojekte im Rahmen des Teilnahmeantrags. Bei Gleichwertigkeit wird per Los entschieden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 200

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Vorstellung und Darstellung Projektteam

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Darstellung vorgesehener Projektablauf

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Beschreibung: Bewertet werden die verbindlich anzubietenden Honorarparameter (125) und Stundensätze (25)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 150

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/04 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation einer (beratenden) Ingenieurin / eines (beratenden) Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 2 VgV. Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in der BRD als „(beratende) Ingenieurin / (beratender) Ingenieur“ tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellv. verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 2, 3 VgV. Für Bewerbungsgemeinschaften gilt dieses entsprechend.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. Es wird auf § 160 GWB und insbesondere auf das

grundsätzliche Erfordernis einer Rüge verwiesen: (1) Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Satz 1 Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Satz 2 Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
KommunalKonzept BW GmbH
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Freiamt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Freiamt
Registrierungsnummer: 10727
Postanschrift: Sägplatz 1
Stadt: Freiamt
Postleitzahl: 79348
Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)
Land: Deutschland
E-Mail: gemeinde@freiamt.de
Telefon: +49 7645910212
Internetadresse: <https://www.freiamt.de/buerger/de/startseite>
Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: afe48358-8423-487e-b4a7-eb664231769b
Postanschrift: Hausanschrift: Kapellenstraße 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 79131
Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219268730

Rollen dieser Organisation:

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: KommunalKonzept BW GmbH
Registrierungsnummer: 1795c9f7-229b-441f-b439-e6a001d32587
Postanschrift: Jechtinger Straße 9
Stadt: Freiburg im Breisgau
Postleitzahl: 79111
Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@kommunalkonzept.de
Telefon: +49 76155738945
Internetadresse: <https://www.kommunalkonzept-gmbh.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c2131f50-c201-4573-9bb6-dc0d1adffcd7 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/03/2026 11:27:00 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 160621-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 47/2026
Datum der Veröffentlichung: 09/03/2026